

# Gina Lopez wird es schon richten ...

## Bergbaupolitik und der Nickelabbau unter der Ägide einer Umweltaktivistin

von  
**Michael  
Reckardt**

Der Autor  
arbeitet bei  
PowerShift  
zur deutschen  
Rohstoffpolitik.

Es war eine Überraschung, als der philippinische Präsident Rodrigo Duterte im Juni 2016 der Journalistin und Umweltaktivistin Regina »Gina« Lopez den Vorsitz des Umweltministeriums (*Department of Environment and Natural Resources*, kurz: DENR) anbot. Um das Angebot anzunehmen, bat sich Lopez nur eine kurze Bedenkzeit aus, in der sie sich unter anderem in Teilen der Zivilgesellschaft rückversicherte.

Gina Lopez ist sicherlich als schillernde Person zu bezeichnen. Die 62jährige ist nach der Ermordung des Radiojournalisten Gerry Ortega im Januar 2011 zu einer der bekanntesten Stimmen gegen den Abbau von Rohstoffen auf der Insel Palawan geworden. Gerry Ortega, ein Radiojournalist aus Puerto Princesa, war ein guter Freund von ihr und hatte regelmäßig lokale Behörden wegen des Abbaus von Nickel und anderen Rohstoffen kritisiert. Der Prozess gegen die Hintermänner der Ermordung läuft immer noch. Die beiden Brüder Joel Reyes, zur Zeit der Ermordung Gouverneur von Palawan, und Mario Reyes, ehemaliger Bürgermeister von Coron, sollen den Mord an Ortega am 24. Januar 2011 in Auftrag gegeben haben. Im März 2012 entzogen sich die beiden durch eine Flucht nach Thailand weiteren Untersuchungen, wurden dort aber verhaftet und im September 2015 in die Philippinen ausgeliefert. Erst im September 2016, so berichtete das Nachrichtenportal *Interaksyon*, wurde ein Kautionsantrag von Joel Reyes durch das Puerto Princesa Regional Trial Court Branch 52 abgelehnt. Beide hatten bei den Wahlen im Mai 2016 für lokale Positionen in Coron kandidiert und verloren.

Nach der Ermordung von Ortega begann sich Lopez, die sich vorher schon für den Umweltschutz eingesetzt hatte, stark an der Kampagne »No to Mining in Palawan« zu beteiligen. Diese Kampagne hatte im Dezember 2015 über zehn Millionen Unterschriften für den Erhalt des UNESCO-Schutzgebietes und gegen Bergbau auf der Insel gesammelt. Lopez setzte sich zuletzt als Aktivistin ebenfalls für den Erhalt von Korallenriffen und Orten mit hoher Biodiversität ein, wie der Isla Verde in Batangas, auf der Konzerne Kohle abbauen wollen.

Als neue Umweltministerin kündigte sie kurz nach ihrer Ernennung an, sowohl Bergbaulizenzen, die Einhaltung von Umweltbestimmungen sowie das gesamte Bergbaugesetz (*Mining Act*) auf den Prüfstand zu stellen. Die philippinische Börse reagierte umgehend, der Wert aller börsennotierten Bergbau-

konzerne sank am Tag nach ihrer Ernennung um über vier Prozentpunkte, am zweiten Tag um weitere sieben Prozentpunkte.

Schon vor den Wahlen im Mai 2016 hatten sich bergbaukritische Umweltorganisationen zu einer »Grünen Koalition« (*Green Thumb Coalition*) zusammen gefunden, um die Präsidentschaftskandidat/innen auf ihre Anliegen einzuschwören. Die Jahre unter Präsident Aquino waren trotz anfänglich großer Hoffnungen verlorene Jahre für die Umweltgruppen. In seine Amtszeit fällt die größte ökologische Katastrophe im Bergbau in der Geschichte des Landes. Am 1. August 2012 lief aufgrund starken Regens durch den Taifun Gener das Rückhaltebecken der Padcal-Mine von Philex über. Das Flusssystem in der Benguet-Provinz wurde mit 20,6 Millionen Tonnen toxischen Rückhalteschlämmen vergiftet. Damit wurden zehnmal mehr toxische Stoffe in die Umwelt freigesetzt als 1996 bei dem Marcopper-Desaster, bei dem das Ökosystem der Insel Marinduque zerstört wurde. Philex wurde dazu verdonnert, eine Milliarde Peso Strafe wegen der Missachtung des Bergbaugesetzes zu zahlen sowie weitere 190 Millionen Peso zur Beseitigung der Umweltschäden. Nachdem im Jahr 2014 der Betrag beglichen worden war, bekam der Konzern gegen den Protest von Umweltgruppen die Abbaulizenz zurück.

### Altlasten

Der ehemalige Präsident Aquino unterstützte – im Gegensatz zur aktuellen Regierung – einige Bergbauunternehmen öffentlich, wie zum Beispiel Glencore/Xstrata, die das Tampakan-Kupfer-Gold Projekt in South Cotabato, Mindanao, betreiben wollten. Trotz massiver Menschenrechtsverletzungen, gro-

*Bergarbeiter durchqueren den vom Nickel rot-verfärbten roten Flusses. Foto: Michael Reckardt, 2015*



ßer Proteste sowie eines lokalen Verbots von offenem Tagebau, verteidigte Aquino das Projekt und sprach davon, mögliche »Win-Win-Situationen« zu finden. Dass der Abbau immer noch nicht begonnen hat, liegt an dem starken lokalen Widerstand. Glencore/Xstrata gab im Jahr 2015 das Projekt auf und verkaufte seine Anteile an SMI, den lokalen Lizenzhalter. Ein philippinisches Konsortium treibt aber anscheinend das Projekt weiterhin intensiv voran.

Auch Aquinos Executive Order (EO 79) zum Bergbau erfüllte nicht die Erwartungen, die an ihn gestellt wurden. Zwar enthielt diese Verfügung des Präsidenten durch den Beitritt zur internationalen Extractive Industry Transparency Initiative (EITI) ein Bekenntnis zu stärkerer Transparenz in dem Sektor und enthielt eine Ausweitung der Definition, an welchen Orten in Zukunft kein Bergbau stattfinden sollte, doch weder eine stärkere finanzielle Beteiligung des Staates noch eine stärkere Beteiligung der Bevölkerung konnten verankert werden.

Die Menschenrechtssituation in dem Sektor blieb derweil ebenfalls sehr stark angespannt. Das NGO-Netzwerk *Alyansa Tigil Mina* (Allianz gegen Bergbau) berichtete für den Zeitraum Januar 2001 bis September 2010 von dreißig ermordeten Umweltbeziehungsweise Anti-Bergbauaktivist/innen. Auch wenn die generelle Anzahl an politischen Morden in der Amtszeit Aquinos abgenommen hat, berichtet die britische NGO *Global Witness* in ihrem am 20. Juni 2016 vorgestellten Report »On dangerous grounds« (siehe [www.globalwitness.org/en/reports/dangerous-ground](http://www.globalwitness.org/en/reports/dangerous-ground)), dass allein im Jahr 2015 33 Umweltschützer/innen in den Philippinen ermordet wurden. Weltweit waren es 185, 42 davon im Bergbausektor, der damit der Sektor mit den meisten Morden an Aktivist/innen war. Von den 33 Todesopfern waren mehr als die Hälfte Mitglieder von indigenen Gemeinschaften. Somit landeten die Philippinen nach Brasilien aber noch vor Kolumbien, Peru oder der Demokratischen Republik Kongo auf Rang zwei der gefährlichsten Länder für Umweltaktivist/innen.

Trotz der Unzufriedenheit und Enttäuschung über die Regierung Aquino, konnten sich die Green Coalition sowie *Alyansa Tigil Mina* im Vorfeld der Wahlen nicht auf eine gemeinsame Wahlempfehlung einigen. Sie haben zwar alle Kandidat/innen auf ihre umweltpolitischen Programmatiken geprüft, doch eine eindeutige Wahlempfehlung resultierte nicht daraus. Das liegt unter anderem daran, dass viele Organisationen aus Mindanao sich für Duterte aussprechen wollten, dieser für Menschenrechtsorganisationen allerdings aus den nahe liegenden Gründen ein rotes Tuch war (und ist).

Nach dem Wahlsieg von Duterte gingen von dem neuen Präsidenten unterschiedliche Signale bezüglich des Rohstoffabbaus aus. Ende Juli machte er deutlich, dass Konzerne, die die (Umweltschutz-)

Regeln nicht befolgen, dafür bestraft werden sollen. Das Land könne auch ohne Bergbau überleben, wurde der neue Präsident unter anderem von der Nachrichtenagentur Reuters zitiert. Umweltschutzgruppen hoffen nun, dass – die katastrophalen Menschenrechtslage in dem Land einmal außer Acht gelassen – mit Gina Lopez zumindest eine andere Rohstoffpolitik umgesetzt werden kann. Die vorherigen Regierungen haben bisher immer nur betont, dass das Land reich an Bodenschätzen sei und dass sie gewillt seien, diesen Reichtum auch auszubeuten. Philippinische Geolog/innen vermuten, dass es Bodenschätze mit einem geschätzten Wert von etwa einer Billion US-Dollar im Land gibt. Unter neun von dreißig Millionen Hektar der Landfläche sollen Rohstoffe liegen, davon fünf Millionen Hektar auf Territorien indigener Gemeinschaften. Vor allem Gold, Nickel, Kupfer, Silber, Chromit und Zink werden abgebaut und exportiert.

Die Abbaupläne werden auf internationaler Ebene sehr kritisch beäugt. Neben den schon erwähnten Herausforderungen entstanden in den letzten Jahren zwar neue Abbauprojekte, aber kaum neue Arbeitsplätze und es findet keine wirkliche Weiterverarbeitung im Land statt. Die Philippinen degradieren sich zum Rohstofflieferanten für den Weltmarkt. Häufig bleiben nur die negativen sozialen und ökologischen Konsequenzen zurück. Inseln wie Marinduque oder Rapu-Rapu sind heute noch stille Zeugen der Umweltzerstörung durch den Bergbau.

### Nickelabbau im Fadenkreuz

Gina Lopez begann ihre Amtszeit als Umweltministerin daher mit großen Erwartung seitens der Zivilgesellschaft. Diesen Erwartungen entgegnete sie mit viel Elan und Tatendrang. »Wir haben hier Bergbau seit mehr als 100 Jahren ... und bis heute haben wir nicht ein einziges wieder instandgesetztes Abbaugelände«, wird sie im industrienahe Mining-Journal vom 5. September zitiert. Schon gleich nach ihrer Amtseinführung begann sie, sich mit dem Rohstoffabbau auseinander zu setzen. Personal im Umwelt- und Ressourcenministerium wurde ausgetauscht und alle Abbaulizenzen werden nun einer Überprüfung unterzogen. Dabei wird vor allem die Einhaltung der Umweltauflagen kontrolliert. Auch die schon erwähnte Padcal-Mine von Philex war darunter, darf aber aufgrund der nach dem Unglück verabredeten Nachbesserungen weiter operieren. Aufgrund von etwaigen Verfehlungen wurde die Schließung von zwanzig der 41 überprüften Minen vorgeschlagen. Besondere Mängel wurden von Juli bis Oktober 2016 im Nickelsektor festgestellt. Allein neun Nickelmienen sollen geschlossen werden. Dies hat eine direkte Auswirkung auf den globalen Nickelpreis

gehabt, der von 8.500 auf über 10.500 US-Dollar pro Tonne anstieg.

Da Nickel ein häufig unbeachteter Rohstoff ist, dessen Abbau in den Philippinen aber große negative Auswirkungen hat, macht es Sinn, sich diesen Rohstoff einmal genauer anzusehen. Deutschland war im Jahr 2014 der fünfgrößte Verbraucher von Nickel (2013 sogar noch der viertgrößte). Laut der BGR (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe) wurden über 70.000 Tonnen Nickelmetall und über 20.000 Tonnen Ferronickel importiert. Vor allem die hochentwickelte Edelstahlindustrie ist ein Hauptabnehmer von Raffinade-Nickel (3,6 Prozent der Weltproduktion), von dem weitere 68.000 Tonnen importiert wurden. Das Nickel wird in Deutschland vor allem wegen seines Korrosionsschutzes zur Veredelung von Metallgegenständen, vor allem eisenhaltigen, genutzt. Deutsche Unternehmen, die diese Rohstoffe nutzen, müssen bislang ihre Lieferketten nicht verbindlich auf negative menschenrechtliche Auswirkungen überprüfen. Eine gravierende Lücke, wie unterschiedliche deutsche NGOs – darunter Misereor, Brot für die Welt, Germanwatch und auch PowerShift – betonen, denn freiwillige Regelungen, sei es über OECD-Leitlinien oder UN-Leitprinzipien, haben bisher nicht dazu geführt, dass Unternehmen ihre Verantwortung wahrnehmen.

Laut International Nickel Study Group kommen 47 Prozent der weltweiten Nickelproduktion aus Asien. Mit 410.800 Tonnen und 19,4 Prozent Anteil an der Weltproduktion waren die Philippinen im Jahr 2014, laut Angaben der BGR, der wichtigste Produzent von Nickel. Der Abbau in dem Land trägt allerdings nur selten zum Wohlstand der örtlichen Bevölkerung bei. Stattdessen schadet die Rohstoffgewinnung den Menschen in den Abbauregionen in der Regel und zerstört die Umwelt. Ein gutes Beispiel dafür ist der Nickelabbau in der Stadt Santa Cruz in der Provinz Zambales. Die Provinz liegt im Nordwesten der Hauptinsel Luzon. Bergbau gab es dort schon in den 1940er Jahren, als das US-Unternehmen Acoje Mining dort Chrom abbaute. Die Chrom-Lagerstätten gelten nach heutigem Stand der Technik als ausgeschöpft. In den späten 1980er Jahren, so der ehemalige Stadtrat Jun Ebdio in einem Interview, habe der Abbau geendet. Da es sich um Untertage-Bergbau handelte, habe es keine größeren Probleme gegeben. Zumindest keine katastrophalen wie heute.

Wenn man in Sta. Cruz abkommt, sind die Folgen des Abbaus kaum zu übersehen. Die Straßen weisen deutliche Spurrillen der Lastkraftwagen auf, die in den letzten Jahren das Nickel von den Bergen zum Hafen transportiert haben. Die Stadt wird durchzogen von mehreren großen Flüssen, die hier ins Meer münden. Bei einem Besuch präsentierten sich zwei von ihnen, der Bayto River und der Sta. Cruz River, als deutlich rot gefärbt – Anzeichen dafür, dass sie Nickelauswaschungen mit sich tragen.



Und das obwohl ein Jahr zuvor, im Juli 2014, sämtliche Abbautätigkeiten stillgelegt worden sind. »Die Unternehmen«, so erklärt der Doktor und Umweltaktivist Benito Molino, »behaupten, die Farbe sei natürlich. Doch das stimmt nicht. Eine natürliche Trübung kann bräunlich sein. Doch die bräunlichen Sedimente sind meistens nach zwei Tagen Regen ausgewaschen.« Insgesamt vier mittelgroßen Unternehmen ist schon 2014 die Erlaubnis entzogen worden, weiter Nickel in den Bergen von Sta. Cruz abzubauen. Dies ist ein Erfolg der Arbeit von Benito Molino und den besorgten Bürger/innen von Sta. Cruz, Zambales (*Concerned Citizens of Sta. Cruz, Zambales* – CCOS). »Doc Ben«, wie ihn Fischer, Farmerinnen und sogar der Wachmann eines Bergbaukonzerns respektvoll nennen, hat vor gut fünf Jahren angefangen, den Protest vor Ort zu organisieren.

*Doc Ben dokumentiert Leckagen.*

*Foto: Michael Reckordt, 2015*

### Zerstörerischer Nickelabbau

Wie der Nickelabbau die lokale Existenz gefährdet, illustrieren verschiedene Beispiele. Luisito Capili, ein älterer Mann, ist einer der vielen Fischteich-Besitzer in der Stadt. Er lebt von der Fischzucht und besitzt zwei Hektar, seine Familie weitere dreizehn. Bis zu einer Million Peso (20.000 Euro) setzen sie durch den Verkauf von Fisch, Schrimps, Muscheln und Krebsen im Jahr um. Im August 2013 fegte Taifun Labuyo über die Fischteiche, zerstörte die Schutzdämme und Flusswasser ergoss sich in die Fischfarmen. Im Oberlauf des Flusses wird Nickel abgebaut und hier brachen die Rückhaltebecken. Nickel setzte sich überall entlang des Flusslaufes ab. Die Teiche wurden zerstört, die Fische und Krebse starben. Erst im Januar 2015 wurden die Fischteiche wieder hergestellt. Wobei »wieder hergestellt« die offizielle Version ist. Die Nickelrückstände wurden von dem verantwortlichen Konzern, Benguet Corporation, ausgebagert und dann als Dämme verbaut. Damit die Bagger die Dämme nutzen konnten, wurden diese verbreitert. Dafür mussten allerdings – ohne Kompensation – alle Mangroven-, Mango- und andere Bäume abgeholzt werden.

»Schau, es [Anm. d. Red.: dieser Damm] ist nun so breit wie ein Highway«, sagt Luisito Capili und

schüttelt den Kopf. Was früher mal Fischteiche in einer ertragreichen, grünen Umgebung waren, sieht heute aus wie eine Wasserwüste. Schlimmer noch, das Nickel ist noch da, in den Dämmen, die wiederum schon ein halbes Jahr nach der Errichtung zum Teil durch den Fluss erodieren. Kein Wunder: Weder die Stadt, noch die Umweltbehörde oder die Bergbaubehörde haben die Arbeit an den Fischteichen beaufsichtigt. »Bisher haben sie mehr zerstört als repariert«, sagt Luisito Capili fast schon resignierend über die Wiederherstellungsversuche des Konzerns. Über die finanzielle Entschädigung wurde ein Jahr nach der Zerstörung noch gestritten.

Doch nicht nur die Fischteichbesitzer sind von dem Nickel im Fluss betroffen, sondern auch die Reisbäuerinnen und -bauern sowie die Fischer am Fluss und an der Küste. Der Fischer Salvador Cortez sagt, dass drei bis fünf nautische Seemeilen vor der Küste die Farbe des Wassers noch immer rot sei. Wilson Arcelao, Vorsitzender der Eigenheimvereinigung an der Küste und ebenfalls Fischer, versichert, dass er schon in bis zu 30 Seemeilen die rote Farbe des Nickels gesehen habe. Beide bestätigen, die Korallen seien schon lange tot. Durch die nickelhaltigen Ablagerungen im Fluss seien sie gestorben und mit den Korallen seien auch die Fische weg. »Die Bergbaukonzerne kümmert das nicht!« sagt Salvador Cortez mit bitterem Unterton.

Auch Mario Bacho ist ein Fischer. Er hatte eine fest installierte Falle im Santa Cruz-Fluss und konnte damit seine Familie mit fünf Kindern versorgen. Doch heute gibt es keine Fische mehr im Fluss. Das Gewässer sei zu schlammig. Hin und wieder fängt er noch ein paar Fingerlinge. Diese kann er immerhin an die Fischzucht-Besitzer verkaufen, als Fischfutter für die Zucht – vor allem in den Nachbargemeinden, wo diese noch existiert. Auf die Frage, was das für ihn und seine Familie konkret an Auswirkungen hätte, entgegnet er, dass sie nun nur noch zwei Mahlzeiten pro Tag hätten, manchmal nur eine. Von den Bergbaukonzernen gab es derweil keine Reaktion, keinen Schadensersatz für die Fischer. Salvador Cortez, der in einer langen Fischerhose neben Mario Bacho sitzt, als käme er gerade aus dem Wasser, nickt nur. Er habe früher pro Tag 13 bis 15 Kilo Fisch gefangen, im Wert von 1.300 bis 1.500 Peso (umgerechnet 26 bis 30 Euro). Heute seien es meistens null Kilo, manchmal vielleicht ein Kilo für die Familie. Auch seine Familie musste die Mahlzeiten reduzieren. Er fühle sich jetzt viel häufiger schläfrig. Und nicht nur die Anzahl der Mahlzeiten, auch die Menge musste reduziert werden. Früher gab es ein Kilo Reis für die Familie pro Mahlzeit. Dieser kostet 38 Peso (75 Cent) pro Kilo. Heute ist es nur noch ein  $\frac{3}{4}$  Kilogramm, dazu bloß der staatlich subventionierte Reis der National Food Authority, der von minderer Qualität ist. Er bekäme davon Magenprobleme, aber den anderen Reis, den besseren, könne er sich nicht mehr leisten.

## Gina wird es schon richten?

Um 2006 habe der Nickelabbau in Sta. Cruz angefangen und zwar mit einer »Phantom-Mine«. Jun Ebido, ehemaliger Stadtrat, schaut mich mit großen Augen an. Er ist über 60 Jahre alt, hat aber ein jugendliches, leicht verschmitztes Lächeln. »Weißt Du, warum wir sie Phantommine nennen?« Ich verneine. »Sie haben nie irgendeine Lizenz zeigen können.« Weder für den Abbau im Barangay Guisguis, noch für den Hafen, wo sie das Nickel lagern. Diese Phantommine zerstörte durch das Gewicht der LKWs die Straßen und durch Leckagen verschmutzte sie den Fluss. Josephin Astadan bestätigt das. Sie arbeitete jahrelang als Lehrerin und würde gerne ihren Ruhestand genießen, sich um ihr Haus und die vielen Pflanzen kümmern. Doch da es in der Vergangenheit keine Kontrollen gab, weder vom DENR noch von sonst einer Behörde, seien sie aktiv geworden.

Jun Ebido ergänzt: »Wir haben uns bei dem nationalen Direktor des MGB (Mines and Geoscience Bureau) beschwert.« Doch erst nach der Ernennung von Gina Lopez als Ministerin kam wirklich Bewegung in die ganze Sache. Mittlerweile sind alle Lizenzen der Nickelunternehmen erneut ausgesetzt. Ende Oktober 2016 kündigte aber die Benguet Corporation an, gegen die Entscheidung des DENR vor Gericht zu ziehen und den weiteren Abbau juristisch durchzusetzen.

Das Nickel wird von Zambales nach China verschifft. Doch nicht nur das Nickel, sondern de facto der halbe Berg. Daraus wird in China dann das Metall gewonnen, das wir in Deutschland unter anderem für die Veredelung von Stahl benötigen. Laut Josephine Astadan von CCOS verlassen jede Woche ein bis zwei Schiffe den Hafen von Santa Cruz. Denn obwohl der Abbau ausgesetzt werden musste, weil die Konzerne Umweltauflagen nicht eingehalten hatten, sind die Vorräte am Hafen groß genug, um noch weitere Rohstoffe nach China zu bringen. Jede Schiffsladung soll einen Wert von vier bis fünf Millionen US-Dollar besitzen. Die 3.000 Arbeiter der vier Unternehmen erhielten Löhne in Höhe von 400 Mio. Pesos (ca. 8 Mio. Euro), den Gegenwert von zwei Schiffsladungen Nickel. Pro Arbeiter sind das im Durchschnitt pro Monat weit weniger als 250 Euro. Ansonsten bleibt von den 8,5 Mio. MT, die pro Jahr nach China geschafft werden, wenig in den Philippinen.

Generell versuchen Green Coalition und Alyansa Tigil Mina die Bereitschaft der neuen Regierung, beim Rohstoffabbau zu handeln, zu nutzen und über Abgeordnete den Entwurf eines alternativen Bergbaugesetzes (*Alternative Mineral Management Bill*) erneut in den Kongress einzubringen. Darin wird gefordert, ein stärkeres, faires, frühzeitigeres und verbindlicheres Mitspracherecht für indigene Gemeinschaften und betroffene Gruppen durchzusetzen. So



Die toten Fischteiche nach der Kontamination mit Nickel  
Foto: Michael Reckordt, 2015

genannte No-Go-Areas sollen eingerichtet werden, und die Ausbeutung der Rohstoffe soll nicht, wie bisher, rein extraktiv vonstatten gehen, sondern die Bodenschätze sollen auch im Land weiterverarbeitet werden. Der Gesetzentwurf sieht zudem vor, der Wiederverwertung und sparsamen Verwendung von Mineralien Vorrang einzuräumen. Auf den Export von Bodenschätzen soll weitgehend verzichtet werden und ausländische Bergbauunternehmen vom Abbau ausgeschlossen werden. Nur so viele Bodenschätze sollen abgebaut werden, wie für den heimischen Verbrauch und die Industrialisierung notwendig sind. Die Umsetzung strenger Umweltrichtlinien sowie die substanzielle Beteiligung der öffentlichen Haushalte an den Erlösen stehen im Widerspruch

zum *Mining Act of 1995* und stellen dagegen die Interessen der breiten Bevölkerung in den Vordergrund. Ob unter Gina Lopez und Präsident Duterte dieser Gesetzentwurf eine Chance hat, wird sich in den nächsten Monaten zeigen.

Denn auch die Industrie ist auf verschiedenen Ebenen aktiv. Im Moment scheint es vor allem um die Delegitimierung von Lopez zu gehen. So wird zum Beispiel ein Geowissenschaftler der University of the Philippines, Dr. Carlo A. Arcilla, bei GMA online zitiert, dass er ihre guten Intentionen zwar nicht bezweifele, »aber ich denke wirklich, dass sie nicht qualifiziert ist für diese Position und ich bin nicht allein damit«. Der Geologe wirft Lopez mangelndes wissenschaftliches Verständnis vor. ■

# SÜDASIEN

## DAS DEUTSCHSPRACHIGE SÜDASIEN-MAGAZIN

Politik und Menschenrechte, Literatur und Religion, Gesellschaft und Geschichte, Kultur und Wirtschaft.

Aktuelle Analysen, Kommentare, Interviews, Reportagen und fundierte Hintergrundinformation.

Indien, Pakistan, Bangladesch, Nepal, Sri Lanka, Afghanistan, Bhutan, Malediven.

Drei bis vier Hefte im Jahr mit jeweils ca. 80 Seiten zum Schmökern, Diskutieren, Nachlesen und Sammeln.

Unabhängige Vierteljahreszeitschrift des SÜDASIENBÜRO, Bonn

**SÜDASIEN**  
Postfach 140 110  
53056 Bonn

Abonnement oder Probeheft:  
info@suedasienbuero.de  
www.suedasienbuero.de

